

Mittwoch, 21. Februar 2018

POSITIONSPAPIER „DIGITALISIERUNG IM LANDKREIS RAVENSBURG“

Zur Kreisjahreshauptversammlung am 03. März 2018 in Leutkirch

I. *Schaffung der nötigen Infrastruktur – jetzt!*

Flächendeckend kein Handyempfang, keine stabile Datenverbindung – nicht einmal eine einfache WhatsApp-Nachricht lässt sich so versenden. Von Film-Streaming oder Home-Office kann natürlich erst recht keine Rede sein. Dies ist keine Zustandsbeschreibung der Dritten Welt. Nein! Vielmehr trifft dies auf den Landkreis Ravensburg zu. Wir können noch so lange über die Digitalisierung und ihre Chancen reden, doch ohne die nötige Infrastruktur werden wir endgültig den Anschluss verlieren. Daher fordern wir mit größter Vehemenz:

- Jedes Haus im Kreis Ravensburg soll bis spätestens 2025 über einen **Breitbandanschluss** verfügen. Hierzu sind die Teilabschnitte **jetzt** festzuschreiben. Da der Breitbandausbau nicht nur durch Fördergelder vom Bund und Land geleistet werden kann, müssen der Landkreis und die Kommunen bei fehlenden Fördermitteln und mangelndem Ausbau durch private Akteure (z.B. Telekommunikationsanbieter) selbst die nötigen Mittel in die Hand nehmen. Bei individuellen Zielabweichungen im Breitbandausbau – die es grundsätzlich zu vermeiden gilt – sollte vor allem der Kreis mit einer höheren Förderung einspringen. Durch den Kreishebesatz kann dieser auf der Einnahmenseite steuernd entgegenwirken, womit ein effizientes Umlagesystem geschaffen wird, um flächendeckenden Breitbandausbau in der Region, vor allem in ländlichen Gebieten, zu ermöglichen. Generell fordern wir eine Breitbandausbauquote als Kennzahl im Haushalt des Landkreises Ravensburg. Um diese arbeitsintensiven Herausforderungen in den kommenden Jahren stemmen zu können, fordern wir die Schaffung notwendiger personeller Spielräume im Landratsamt (s. Abschnitt III.). Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Landkreis Ravensburg schnellstmöglich Mitglied im Zweckverband Breitbandversorgung wird.
- Als Ziel lediglich das Aufholen des bisher verschlafenen Netzausbaus auszugeben, wäre fahrlässig. Vielmehr müssen wir neue Standards setzen. Neben der **zügigen Erweiterung der kreisweiten 3G/LTE-Netzen** bis spätestens 2020 fordern wir daher zusätzlich die breit angelegte Einrichtung von **5G-Mobilfunknetzen** bis spätestens 2025. Es ist davon auszugehen, dass die 5G-Technologie in den kommenden Jahren den Sprung zur technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit erfährt. Gegebenenfalls sollte der Landkreis Ravensburg den direkten Kontakt zu den privaten Telekommunikationsanbietern suchen und das Angebot aussprechen als Modellregion für den flächendeckenden Einsatz von 5G-Technologie zu fungieren.

Nur mit 5G-Mobilfunknetzen können wir langfristig die notwendige Netzinfrastruktur gewährleisten, dass „Industrie 4.0“ und das „Internet der Dinge“ nicht nur Platituden bleiben, sondern daraus echte Erfolgsfaktoren für unsere gesamte Region, die Menschen und die Wirtschaft werden.

- Für uns als Junge Union ist es zudem wichtig, dass auf allen öffentlichen Plätzen im Landkreis Ravensburg eine stabile, leistungsfähige und kostenlose WLAN-Verbindung zur Verfügung steht. Städte wie Ravensburg und Bad Waldsee gehen hier mit guten Beispiel voran.

II. Initiative: „Smarter Landkreis Ravensburg“

Es wäre an der Zeit, dass neben den größeren Städten (z.B. Ulm) auch im Landkreis Ravensburg Modellkommunen für die Digitalisierung eingerichtet werden. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: wir wünschen die Errichtung eines Modelllandkreises. Im Zuge einer zu startenden Initiative „Smarter Landkreis Ravensburg“ fordern wir unter anderem:

- Eine **Kommunalverwaltung** auf Kreis- und Städteebene mit **kurzen Wegen** und **minimalen Kontakterfordernissen** für die Bürgerinnen und Bürger. Dazu wünschen wir uns eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Behörden und einen verstärkten Datenaustausch, um Mehrfacherfassung von Daten zu vermeiden. Zudem fordern wir, dass Standardverfahren, die einen geringen Komplexitätsgrad aufweisen, schnellstmöglich elektronisch über das Internet abrufbar sind und dort bearbeitet werden können (z.B. Wohnsitzwechsel über Online-Identifikations-Verfahren, Anmeldung KfZ, etc.). Dazu wünschen wir uns die Einrichtung einer einheitlichen Online-Plattform für Behördenanliegen. Im Zuge des Aufbaus einer vernetzten Verwaltung wünschen wir uns auch, dass bisherige Verwaltungsprozesse hinsichtlich ihrer Effizienz kritisch hinterfragt und ggf. angepasst werden. Auch fordern wir ganz konkret die Abschaffung der Bereitstellung von Papierunterlagen in Kreistagssitzung und folglich Umstellung zu digitalen Sitzungsunterlagen auf Tablets.
- Einrichtung eines **Kompetenzzentrums**, in dem Berufs-, Hochschulen und Wirtschaft gezielt zusammenkommen und an gemeinsamen Projekten mit Blick auf die digitale Transformation arbeiten sollen. Zudem fordert die Junge Union, dass in diesem Zentrum aktive Unterstützung für junge Unternehmer und StartUps angeboten wird. Konkret im Sinne finanzieller oder rechtlicher Beratung sowie durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur sowie erschwinglicher Bürofläche.
- Wir wünschen uns die **Öffnung** des Landkreises für **StartUps** zur Durchführung von Praxistests. Viele StartUps bieten schon heute Lösungen für akute Probleme an, die auch die Menschen in unserem Landkreis tagtäglich beschäftigen (z.B. Smarte Parkplatzlösungen für die Parkproblematik in Ravensburg). Oftmals wird diesen

StartUps aber selten Raum zur Erprobung eingeräumt. Der Landkreis Ravensburg soll sich aktiv darum bemühen StartUps und ihre Produktlösungen für die Region zu gewinnen.

- In der kommunenübergreifenden Ansiedlung von **CarSharing**-Angeboten im Landkreis Ravensburg sehen wir großes Potential für die Mobilität im ländlichen Raum – insbesondere für junge Menschen. Wir möchten, dass es dem Nutzer ermöglicht wird, z.B. in Ravensburg ins das Auto zu steigen und dieses problemlos in Bad Waldsee abzustellen. Der Landkreis Ravensburg sollte hier auf entsprechende Anbieter zugehen. Der Bodenseekreis mit seinem Projekt „emma“ kann hier ein Vorbild sein.

III. Kompetenzen in der digitalen Zuständigkeit ordnen

Das Dickicht der digitalen Zuständigkeiten muss endlich aufgebrochen werden. Wir möchten dabei keineswegs am Prinzip des Föderalismus kratzen. Vielmehr erwarten wir eine klare Struktur und Aufgabenverteilung auf allen Ebenen:

- Die Digitalisierung betrifft unter anderem die Wirtschaft, den Verkehr, die innere Sicherheit sowie die Verteidigung. Bei so vielen Schnittstellen wäre ein eigenständiges Digitalisierungsministerium fehl am Platze. Digitalisierung muss Chefsache werden. Daher fordern wir einen **Staatssekretär im Bundeskanzleramt** mit ausschließlicher Zuständigkeit für die Digitalisierung. Zu dessen zentralen Aufgaben soll die Aufsicht, Planung und Umsetzung der bundesweiten IT-Verwaltung sowie Digitalisierungsstrategie zählen. Zudem unterliegt diesem der Vorsitz des IT-Planungsrates.
- Mit der Position des **landesweiten CIO/CDO** geht Baden-Württemberg vorbildlich voran. Diese Position gilt es zu stärken und auf andere Bundesländer zu übertragen. Doch, dass heute noch Politiker mit fehlender Fachkompetenz im **bundesweiten IT-Planungsrat** sitzen ist nicht tragbar. Dieser sollte zu einem **hörbaren und kompetenten Fachgremium** ausgebaut werden und maßgeblich zur Homogenisierung der landesweiten IT-Strukturen beitragen.
- Auf Ebene des **Landkreises** unterstützen wir die Schaffung der Position eines **kreisweiten CIO/CDO** auf oberster Verwaltungsebene und mit tiefgreifenden Kompetenzen beim Aufbau und der Koordination einer kreisweiten IT- und Digitalisierungsstrategie. Daneben wünschen wir uns die Einsetzung eines **Digitalisierungsrates** bestehend aus den städtischen CIOs/CDOs unter Führung des Kreis-CDO zur Bündelung und Steuerung der kreisweiten Initiativen und aktiven Umsetzung der Initiative „Smarter Landkreis Ravensburg“. Wissenschaft und Wirtschaft sollen dem Digitalisierungsrat beratend zur Seite stehen.
- In den Städten fordern wir ebenfalls die **verpflichtende Einsetzung eines städtischen CIO/CDO** zum Aufbau der individuellen städtischen IT- und

Digitalisierungsstrategien. Dies trifft dabei für uns auf folgende Städte zu: Aulendorf, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Isny, Leutkirch, Ravensburg, Wangen, Weingarten. In den Gemeinden soll diese Aufgabe – sofern die Position nicht freiwillig besetzt wird – dem Kreis-CDO unterliegen.

IV. *Agieren statt reagieren*

Die Digitalisierung wird unweigerlich die Art wie wir leben und arbeiten verändern. Dies lässt sich weder leugnen noch verhindern. Unser Ansporn muss es daher sein, den digitalen Wandel in unserer Region bewusst zu gestalten. Als konservative politische Kraft ist es dabei unser Anliegen, die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht zurückzulassen, sondern diese aktiv am Prozess zu beteiligen. Wir fordern daher:

- Schaffung von **Plattformen zur Bürgerbeteiligung** im Zuge der Initiative „Smarter Landkreis Ravensburg“ – sowohl in Form von örtlichen Bürgerdialogen wie auch aktiver Partizipation über das Internet.
- Aufstellung von entsprechenden **Weiterbildungsangeboten** in Kooperation mit den Berufsschulen, Hochschulen, Volkshochschulen sowie der Industrie- und Handelskammer (Stichwort: lebenslanges Lernen).
- Etablierung von **Aufklärungs- und Informationsformaten** durch Veranstaltungen und Informationsmaterialien zur Digitalisierung, den digitalen Wandel und seinen Auswirkungen auf Beruf und Zusammenleben.

V. *Digitalisierung der CDU im Kreis Ravensburg*

Auch vor unserer eigenen Partei macht die Digitalisierung nicht Halt. Was auf Bundesebene im Wahlkampf mit connect17 bereits begonnen wurde, ist noch nicht auf Kreis- und Ortsverbandsebene angekommen. Gerade im Hinblick auf den Wechsel an der Spitze des CDU-Kreisverbands fordern wir den Kreis- sowie die Ortsverbände dazu auf bestehende Arbeitsabläufe zu hinterfragen und **digitale Arbeits- und Beteiligungsmodelle für die Mitglieder** zu schaffen – gerade mit Blick auf die aktuelle Debatte eines neuen Grundsatzprogrammes der CDU Deutschland. Eine zentrale Rolle spielt dabei in jedem Vorstand die Position des **Internet- oder Medienreferenten**. Dieser darf sich nicht mehr allein auf das gelegentliche Betreuen einer Facebookseite beschränken, sondern muss durchdachte Lösungen zum gesamten Online-Auftritt der Verbände vorlegen. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Partizipation. Vor diesem Hintergrund fordern wir alle Vorstände und Vorsitzenden eindringlich auf, dieses Amt nicht stiefmütterlich zu behandeln – ganz im Gegenteil, es muss ernst genommen und nach Möglichkeit durch motivierte und IT-erfahrene Mitglieder ausgefüllt werden.